

5102 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Bundesrates

B e r i c h t
des Ausschusses für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

über den Beschluß des Nationalrates vom 13. Oktober 1995 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldeinvestitionsgesetz geändert wird (FMIG-Novelle 1995)

Im Hinblick auf den anhaltend hohen Investitionsbedarf sind für den Novellierungszeitraum 1995 bis 1996 trotz Anlegung eines äußerst strengen Maßstabes an Sparsamkeit Investitionsausgaben in der Höhe von 36.000 Millionen Schilling vorgesehen (jährlich 18.000 Millionen Schilling). Damit soll der weitere Ausbau und die Fortsetzung der Modernisierung des Telekommunikationswesens in Österreich sichergestellt und gleichzeitig ein Beitrag zur Erhaltung und Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Österreich geleistet werden.

Zur finanziellen Abdeckung dieses Investitionsbedarfes ist, unter Bedachtnahme auf den Anstieg des aushaftenden Fremdkapitals und die steigende Zinsenbelastung, die Anhebung des Zweckbindungsschlüssels im Jahre 1996 auf 54 % unbedingt erforderlich.

Der Ausschuß für öffentliche Wirtschaft und Verkehr stellt nach Beratung der Vorlage am 19. Oktober 1995 mit Stimmenmehrheit den Antrag, keinen Einspruch zu erheben.

Wien, 1995 10 19

Karl Hager
Berichterstatte

Dr. Kurt Kaufmann
Stv. Vorsitzender